

NRW > Städte > Erkrath > Erkrath: Beteiligung an Bürgerentscheid zu gering

RP+ Abstimmung in Erkrath

Beteiligung an Bürgerentscheid zu gering

Erkrath · Die Bürgerinitiative „Rettet die Hasenwiese“ holt zwar 53,78 Prozent der Stimmen, erreicht aber nicht das nötige Quorum von (mindestens) 20 Prozent der Wahlberechtigten in Erkrath. Die Bürgergenossenschaft ist erleichtert.

26.02.2023, 20:05 Uhr · 3 Minuten Lesezeit



Mit diesen Großplakaten, gesponsert von Grünen und BmU, warb die Bürgerinitiative für die „Rettung der Hasenwiese“.

Foto: Köhler, Stephan (teph)

Wochenlang haben sich Befürworter und Gegner einer Teilbebauung der sogenannten Hasenwiese in Millrath beharkt und für ihre jeweilige Sicht auf die Dinge geworben. Das von Grünen und BmU unterstützte Bürgerbegehren zur Rettung der Hasenwiese hatte zuvor innerhalb weniger Wochen die erforderlichen 2517 Unterschriften (sieben Prozent der Wahlberechtigten) für einen Bürgerentscheid sammeln können. Doch bei der Abstimmung am 26. Februar fehlte am Ende der breite Zuspruch in der Gesamtbevölkerung.

Auf die Bürgerinitiative entfiel zwar eine Mehrheit von 53,78 Prozent, das sind 3968 der abgegeben und gültigen Stimmen. Das entspricht jedoch nicht dem nötigen Quorum von (mindestens) 20 Prozent (7066 Stimmen) aller wahlberechtigten Personen in der Stadt. Sonja Thompson von der Bürgerinitiative hielt dennoch fest: Es sei toll, dass so viele Leute hätten mobilisiert werden können, auch wenn es nicht gelungen sei, die Bebauung abzuwenden. Um so größer die Erleichterung bei den Befürwortern des Projekts, darunter Bürgermeister Christoph Schultz. „Das Wichtigste ist jetzt, die Wunden zu schließen, damit wir weiterarbeiten können. Und natürlich die Planungssicherheit für die Bürgergenossenschaft Dependance“, sagte das Stadtoberhaupt bei der Auszählung im Rathaus. Schultz spielte damit auf Querelen im Vorfeld des Entscheids an. Ralf Lenger (FDP), der am Sonntagabend ebenfalls im Rathaus war, betonte, er sei froh, dass nun gebaut werden könne, die sei positiv für die Wohnungswirtschaft in der Stadt.

Info

Kritik an fehlenden Unterlagen

Die Bürgerbefragung kostet die Stadt zirka 55.000 Euro.

Im Vorfeld gab es Kritik daran, dass der Abstimmungsbenachrichtigung lediglich Informationen der Bürgerinitiative beigefügt waren. Es hätte einer sachlichen, fairen Gegenüberstellung der beiden Grundpositionen (für oder gegen eine Teilbebauung) bedurft, monierte etwa Die Linke.

Architekt Wolfgang Teiwes, der führende Kopf der Bürgergenossenschaft Dependance, zeigte sich vom Ergebnis überrascht. Mit den satten 46,22 Prozent, die am Ende auf das Projekt entfielen, habe er nicht gerechnet. Er sehe die Position der Baugruppe dadurch gestärkt. Die Genossenschaft betrachte sich allerdings nicht als strahlende Siegerin, sie habe durch den Bürgerentscheid-bedingten Verzug um ein Jahr zusätzliche Kosten von rund 500.000 Euro zu tragen – wegen gestiegener Zinsen, die bei den Kosten für Fertigung und Finanzierung zu Buche schlugen.

Hinter der Bürgergenossenschaft Dependance, die ein Teilstück der Wiese mit einem Mehrfamilienhaus bebauen will, barrierefrei und in Holzbauweise, liegt ein langer Weg. Bereits vor Jahren hatte sie sich gegründet, um das damals leerstehende Gebäude der Realschule Schmiedestraße für seniorengerechtes Wohnen umzubauen. Die Idee hatte breite Zustimmung im Rat gefunden, da Wohnraum knapp ist und die Mitglieder der Genossenschaft selbst planerische Kompetenzen vorzuweisen hatten. Unter der Federführung von Wolfgang Teiwes trieb die Genossenschaft die Planungen auf eigene Rechnung voran. Dann wurde die Grundschule Sandheide 2019 durch Brandstiftung zerstört. Innerhalb kürzester Zeit wurde die Schmiedestraße renoviert und modernisiert, um als Übergangstandort zu dienen.

Der Plan der Baugenossenschaft war damit hinfällig, da die Übergangslösung für mehrere Jahre halten musste und die Mitglieder schon im fortgeschrittenen Alter sind. Also bot die Stadt ihnen an, stattdessen auf der benachbarten Wiese einen Neubau zu errichten. Erneut machten sich die Genossenschaftler ans Werk und legten 2022 einen fortgeschrittenen Entwurf vor. Dieser sieht einen ökologischen Holzhybridbau in Modulbauweise vor, der 21 Wohneinheiten (davon sieben preisgebunden), ein Gästeappartement und einen Gemeinschaftsraum umfasst. Doch damit waren die Grünen und die BmU, dem Projekt bis dahin zugetan, nicht einverstanden. Denn ein Neubau auf der Hasenwiese bedeute Flächenversiegelung, Veränderung des Mikroklimas und in diesem Fall die Zerstörung einer wichtigen sozialen Ausgleichsfläche. Daraufhin hatten die Partei und die Wählergemeinschaft die Bürgerinitiative „Rettet die Hasenwiese“ angestoßen.

